

Mandanten- Brief

Juni 2024

1. Erster Entwurf für das Jahressteuergesetz 2024

Im vergangenen Jahr gab es kein offizielles Jahressteuergesetz, denn dessen Funktion hatte das Wachstumschancengesetz übernommen. Kaum ist dieses nach langen Geburtswehen in Kraft getreten, legt das Bundesfinanzministerium auch schon den **Referentenentwurf für das Jahressteuergesetz 2024** vor. Darin sind im Gegensatz zu dessen Vorgängern **bis jetzt nur wenige wirklich erhebliche Änderungen** im Steuerrecht enthalten, was nicht zuletzt daran liegt, dass dem Fiskus für Gestaltungen oder Steuerentlastungen derzeit das Geld fehlt. Die **folgeschwersten Änderungen** hat das Ministerium **bei der Umsatzsteuer** geplant, verschweigt diese aber bisher geflissentlich in seiner eigenen Zusammenfassung der hervorzuhebenden Maßnahmen im Gesetzentwurf. Stattdessen hebt das Ministerium andere **Anpassungen an EU-Vorgaben, Reaktionen auf die Rechtsprechung** von Bundesfinanzhof und Bundesverfassungsgericht sowie **weitere Detailänderungen** hervor. Der Entwurf wird nun das übliche Gesetzgebungsverfahren durchlaufen. Mit der **Verabschiedung** ist erst **im Spätherbst** zu rechnen, und bis dahin werden aller Wahrscheinlichkeit nach **noch eine Reihe weiterer Punkte in das Gesetz aufgenommen**. Was jetzt schon an wesentlichen Änderungen geplant ist, lesen Sie im folgenden Überblick.



- **Kleinunternehmerregelung:** Aufgrund von Vorgaben der EU wird die **Kleinunternehmerregelung im Umsatzsteuerrecht reformiert**, was neben verschiedenen Detailänderungen zu zwei wesentlichen Änderungen führt. Zum einen konnten bislang nur im Inland ansässige Unternehmer die Kleinunternehmerregelung in Anspruch nehmen. Ab 2025 steht die Regelung dagegen **auch Unternehmen** offen, **die in anderen EU-Staaten ansässig sind**. Dafür wird ein besonderes Meldeverfahren eingeführt. Außerdem werden die **Vorgaben für die Betragsgrenzen angepasst**, was Auswirkungen für alle Nutzer der Kleinunternehmerregelung hat. Bisher konnte die Regelung genutzt werden, wenn der Vorjahresumsatz nicht mehr als 22.000 Euro betrug und im laufenden Jahr voraussichtlich nicht mehr als 50.000 Euro an Umsatz entstehen. Die **Grenze für den Vorjahresumsatz wird ab 2025 auf 25.000 Euro angehoben**. Für den Umsatz des laufenden Jahres ist die Prognoseschwelle, deren ungeplantes Überschreiten bisher erst im Folgejahr Konsequenzen hatte, nach den neuen EU-Vorgaben nicht mehr zulässig. **Für das laufende Jahr** gilt daher ab 2025 eine **harte Umsatzgrenze von 100.000 Euro** (also das doppelte der bisherigen Prognoseschwelle, was die Umstellung weniger schmerzhaft macht), ab der die Kleinunternehmerregelung sofort nicht mehr anwendbar ist. Schon der Umsatz, mit dem die Grenze überschritten wird, unterliegt der Regelbesteuerung. Für **Existenzgründer** gilt **im ersten Jahr ein niedrigerer Umsatzgrenzwert** von 25.000 Euro.

erster Entwurf für das Jahressteuergesetz 2024 folgt unmittelbar auf inoffizielles Jahressteuergesetz 2023

gravierende Änderungen vor allem bei der Umsatzsteuer

für echte Gestaltungen oder Entlastungen fehlt das Geld

Verabschiedung erst gegen Ende des Jahres

grundlegende Reform der Kleinunternehmerregelung

Öffnung für Unternehmen in anderen EU-Staaten

Anpassungen bei den Umsatzgrenzen

Anhebung der Vorjahresgrenze auf 25.000 Euro

künftig Umsatzgrenze mit Fallbeilwirkung für das laufende Jahr, dafür verdoppelter Höchstbetrag

- **Ist-Versteuerung:** Ebenfalls auf Vorgaben des EU-Rechts geht eine Änderung im Bereich der Ist-Versteuerung zurück, die **auch Auswirkungen für alle Soll-Versteuerer** hat. Bisher genügte für den Vorsteuerabzug im Fall der Soll-Versteuerung der Zugang einer korrekten Rechnung. Das EU-Recht sieht aber vor, dass das **Recht auf Vorsteuerabzug gleichzeitig mit dem Steueranspruch des Finanzamts** gegenüber dem Rechnungsaussteller **entsteht**, was bei Ist-Versteuerern erst bei Zahlung der Rechnung der Fall ist. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs führt dazu, dass diese **Vorgabe** auch **im deutschen Recht strikter umgesetzt** wird. **Ab 2026** müssen daher Ist-Versteuerer die **neue Pflichtangabe „Versteuerung nach vereinnahmten Entgelten“** in ihren Rechnungen ausweisen. In solchen Fällen darf der **Rechnungsempfänger** ab 2026 den **Vorsteuerabzug erst** dann geltend machen, **wenn** er die **Rechnung** nicht nur erhalten, sondern auch **bezahlt** hat. Gleichzeitig wird die Ist-Versteuerung damit zum Wettbewerbsnachteil, weil sich Soll-Versteuerer entschließen könnten, keine Waren oder Dienstleistungen mehr von einem Ist-Versteuerer zu beziehen, um den Aufwand zu vermeiden, der mit der Buchung und Überwachung unterschiedlicher Vorsteuerabzugsberechtigungen verbunden ist. Wer als Soll-Versteuerer ohnehin wegen der Pflicht zur E-Rechnung bis Ende 2025 die Anschaffung neuer Software oder Umstellungen bei der Buchführung geplant hat, sollte daher auch gleich darauf achten, dass die **rechnungsabhängige Differenzierung des Vorsteuerabzugszeitpunkts ab 2026** gewährleistet ist.
- **Mobilitätsbudget:** Künftig können Arbeitgeber Sachzuwendungen oder Zuschüsse für ihre Arbeitnehmer aus einem **Mobilitätsbudget von bis zu 2.400 Euro im Jahr pauschal mit 25 % besteuern**, sofern das Mobilitätsbudget **zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn** gewährt wird. Das Mobilitätsbudget kann für außerdienstliche **Mobilitätsleistungen unabhängig vom Verkehrsmittel** (mit Ausnahme des Luftverkehrs und privater Kraftfahrzeuge oder Firmenwagen) genutzt werden, also insbesondere auch für moderne Angebote wie E-Scooter, Car- und Bike-Sharing oder andere Sharing-Angebote. Begünstigt ist die Nutzung an sich, nicht dagegen die Erstattung reiner Einzelkosten (z. B. Tankkarten oder Reparaturleistungen).
- **Krankenkassenbonusleistungen:** Beitragserstattungen durch die Krankenkasse reduzieren die als Sonderausgaben abziehbaren Krankenversicherungsbeiträge. **Bonusleistungen der Krankenkasse für gesundheitsbewusstes Verhalten** zählen dagegen aufgrund einer Vereinfachungsregelung der Finanzverwaltung **bis zu** einem Betrag von **150 Euro pro Jahr** als Leistung der Krankenkasse statt als Beitragserstattung und **mindern** damit **den Sonderausgabenabzug nicht**. Diese Regelung ist bisher bis Ende 2024 befristet, hat sich aber bewährt und wird daher ab 2025 im Gesetz verankert.
- **Strafverfolgung:** Künftig dürfen **Bewilligungsbehörden** im Fall von zu Unrecht erlangten Leistungen aus öffentlichen Mitteln auch **dem Steuergeheimnis unterliegende Daten an die Strafverfolgungsstellen weiterleiten**, die sie zuvor vom Finanzamt erhalten haben.
- **Land- und Forstwirte:** Zur Abmilderung von Einkommensverlusten infolge des Klimawandels haben Land- und Forstwirte unter bestimmten Voraussetzungen **Anspruch auf eine Tarifiermäßigung bei der Einkommensteuer**, die zu einer Progressionsglättung innerhalb eines Dreijahreszeitraums führt.

Anspruch auf Vorsteuerabzug entsteht gleichzeitig mit Steueranspruch des Finanzamts

bei Ist-Versteuerung ist ab 2026 eine neue Pflichtangabe in Rechnungen aufzunehmen

Vorsteuerabzug aus Rechnungen von Ist-Versteuerern ab 2026 erst mit Zahlung der Rechnung zulässig

Pauschalversteuerung von Mobilitätsbudgets

Budget muss zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn gewährt sein

Bonusleistungen für gesundheitsbewusstes Verhalten bleiben dauerhaft bis 150 Euro steuerfrei

Datenweitergabe durch Bewilligungsbehörden

Tarifiermäßigung für Land- und Forstwirte

Der bisher letzte solche Dreijahreszeitraum endete 2022. Da sich die Situation der Land- und Forstwirtschaft nicht verbessert hat, wird die **Tarifermäßigung für zwei weitere Dreijahreszeiträume bis Ende 2028 verlängert**.

- **Pauschallandwirte:** Gemäß den Vorgaben des EU-Rechts werden der **Durchschnittssatz und die Vorsteuerpauschale für Pauschallandwirte** inzwischen jährlich angepasst. Für 2024 war ursprünglich mit dem Wachstumschancengesetz eine **Absenkung von 9,0 % auf 8,4 %** vorgesehen, die aber aufgrund des langwierigen Gesetzgebungsverfahrens zunächst wieder gestrichen werden musste. Aus dieser schlechten Erfahrung hat der Fiskus gelernt, und so wird nun einerseits die **Absenkung auf 8,4 % nachgeholt** und andererseits **ab 2026 ein gesetzlich normiertes Berechnungsverfahren eingeführt**, mit dem künftig das **Bundesfinanzministerium den Durchschnittssatz jährlich für das Folgejahr verkünden** kann, ohne dass jeweils eine Gesetzesänderung notwendig ist.

Verlängerung der Tarifiermäßigung um weitere sechs Jahre bis Ende 2028

Absenkung des Durchschnittssatzes für Pauschallandwirte auf 8,4 %

neues Berechnungsverfahren ab 2026 mit automatischer jährlicher Anpassung

2. Höhere Schwellenwerte für die Betriebsgrößenklassen

Recht schnell und geräuschlos hat die Regierung die geplante **Anhebung der handelsrechtlichen Schwellenwerte für die Betriebsgrößenklassen** umgesetzt, die insbesondere für den Umfang der Offenlegungspflichten von Bedeutung sind. Das **„Zweite Gesetz zur Änderung des DWD-Gesetzes sowie zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften“** wurde im April verkündet. Dadurch werden die **monetären Schwellenwerte um rund 25 % angehoben**. Die letzte solche Anhebung durch das Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetz liegt inzwischen neun Jahre zurück. Nach den neuen Schwellenwerten kann eine Kapitalgesellschaft nun **bis zu 450.000 Euro an Bilanzsumme** (bisher 350.000 Euro) und **900.000 Euro an Umsatzerlösen** (bisher 700.000 Euro) haben, um noch **als Kleinstkapitalgesellschaft** zu gelten. Für die übrigen Betriebsgrößenklassen wurden die beiden monetären Schwellenwerte jeweils exakt um 25 % angehoben. Die neuen Schwellenwerte sind zwingend auf Jahres- und Konzernabschlüsse, Lageberichte sowie Konzernlageberichte **für das nach dem 31. Dezember 2023 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden**, dürfen jedoch bereits ein Jahr früher angewendet werden.

Anhebung der monetären Schwellenwerte für handelsrechtliche Betriebsgrößenklassen vollzogen

Schwellenwerte steigen um rund 25 %

neue Schwellenwerte gelten für Wirtschaftsjahre ab dem 1. Januar 2024

3. Datenaustausch zu Auslandskonten verfassungsgemäß

Das Bundeszentralamt für Steuern erhält von anderen Staaten inzwischen regelmäßig Informationen über die dort von deutschen Staatsbürgern geführten Bankkonten. Es speichert diese Daten und leitet sie bei Bedarf an die zuständigen Finanzbehörden weiter. Dieser **automatische Informationsaustausch über ausländische Finanzkonten verstößt nicht gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung** der hiervon betroffenen Steuerzahler. Mit dieser Entscheidung hat der Bundesfinanzhof die Klage mehrerer Steuerzahler abgewiesen, die Konten in der Schweiz haben und gegen die **Übermittlung der Kontostände ihrer Schweizer Bankkonten an das Bundeszentralamt** zu Felde gezogen waren. Zwar stellt die Verarbeitung und Speicherung einen Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung dar, aber dieser ist nach der Überzeugung des Bundesfinanzhofs gerechtfertigt.

Bundeszentralamt für Steuern erhält Daten von anderen Staaten und leitet sie ans Finanzamt weiter

kein Verstoß gegen Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung

4. Accessoires und Kleidungsstücke nicht abziehbar

Ein **ehernes Prinzip im Steuerrecht** ist, dass Gegenstände, die auch privat genutzt werden können, und Leistungen, die auch **privaten Charakter** haben, **nicht als Werbungskosten oder Betriebsausgaben** geltend gemacht werden können. Ausnahmen von diesem Prinzip gibt es nur in ganz bestimmten Fällen oder wenn eine eindeutige und objektive Aufteilung in einen privaten und einen beruflichen Anteil möglich ist. Wegen dieses Prinzips scheiterte eine Influencerin mit ihrer Klage beim Niedersächsischen Finanzgericht, mit der sie den Abzug von Ausgaben für Accessoires und Kleidungsstücke als Betriebsausgaben erreichen wollte. Zwar teilte die Klägerin die Ausgaben in einen privaten Anteil in Höhe von 60 % und einen betrieblichen Anteil in Höhe von 40 % auf. Doch das Gericht verwies darauf, dass **bei gewöhnlicher bürgerlicher Kleidung und Mode-Accessoires eine Trennung zwischen privater und betrieblicher Sphäre nicht möglich** ist und wies die Klage ab. Es komme nicht auf die Nutzung der Gegenstände an, meint das Gericht, denn allein die naheliegende Möglichkeit der Privatnutzung führt dazu, dass eine steuerliche Berücksichtigung ausgeschlossen ist. Ob die angeschafften Gegenstände teilweise oder ausschließlich betrieblich genutzt wurden, ist damit unerheblich. Der Beruf eines Influencers unterscheidet sich insoweit nicht von anderen Berufen.

5. Voraussetzungen für Option zum Teileinkünfteverfahren

Für die **Erträge aus der Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft** kann unter bestimmten Voraussetzungen das **Teileinkünfteverfahren anstelle der Abgeltungsteuer** gewählt werden. Der Antrag auf das Teileinkünfteverfahren gilt - solange er nicht widerrufen wird - laut dem Gesetz auch für die folgenden vier Veranlagungszeiträume, ohne dass die Antragsvoraussetzungen erneut zu belegen sind. Zu dieser Regelung hat der Bundesfinanzhof nun klargestellt, dass das Finanzamt das **Vorliegen der Antragsvoraussetzungen in den folgenden vier Veranlagungszeiträumen unterstellen** muss, auch wenn diese in der Zwischenzeit weggefallen sein sollten. Der Fiskus wollte die Regelung so verstanden wissen, dass das Finanzamt lediglich auf den ständigen Nachweis der Voraussetzungen verzichtet, aber dem Steuerzahler das Teileinkünfteverfahren in einem späteren Kalenderjahr verweigern kann, wenn die Voraussetzungen inzwischen weggefallen sind. Demgegenüber meint der Bundesfinanzhof, dass diese Auslegung des Finanzamts von der Gesetzesbegründung und dem Sinnzusammenhang der Regelung nicht gedeckt ist.

6. Unterbringung in einer Pflege-WG

Aufwendungen für die krankheits-, pflege- oder behinderungsbedingte Unterbringung in einer dem jeweiligen Landesrecht unterliegenden Wohngemeinschaft sind als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen. Mit dieser Entscheidung hat der Bundesfinanzhof die **Unterbringung in einer anerkannten Pflege-WG der Unterbringung in einem Pflegeheim gleichgestellt**. Wie bei der Heimunterbringung sind aber die Ausgaben um die Haushaltersparnis zu kürzen, es sei denn, der Pflegebedürftige behält seinen Haushalt bei.

Aufwendungen mit privatem Charakter sind nicht steuerlich abziehbar

naheliegende Möglichkeit einer Privatnutzung führt bereits zum Abzugsverbot

bei bürgerlicher Kleidung und Mode-Accessoires keine Trennung zwischen privatem und beruflichem Anteil möglich

Antrag auf Teileinkünfteverfahren für Erträge aus Beteiligungen

Voraussetzungen gelten für fünf Jahre als erfüllt

zwischenzeitliche Änderung des Sachverhalts führt nicht zu anderer Besteuerung

Unterbringung in anerkannter Pflege-WG ist mit Pflegeheimunterbringung gleichzusetzen